

Europa neu denken

Für ein Europa unternehmerischer Vielfalt

Gerade für Familienunternehmer hat der Kerngedanke der europäischen Integration das wirtschaftliche Leben enorm erleichtert. Die sogenannten vier Grundfreiheiten, bestehend aus dem freien Warenverkehr, der Freizügigkeit für Unionsbürger, der Dienstleistungsfreiheit und des freien Kapital- und Zahlungsverkehrs haben enorm zur Liberalisierung und zum Wohlstand Europas beigetragen.

Doch der europäische Prozess ist ins Stocken geraten. Die Zentralisierung und Verlagerung von Kompetenzen nach Brüssel („Vertiefung“ genannt) und die fortwährende geografische Ausdehnung (Erweiterung) haben den europäischen Gedanken von den Gefühlen und Bedürfnissen der europäischen Nationen und ihrer Bürger entfernt.

Angesichts der Reglungsdichte und Vorgaben, die ihren Ursprung in Brüssel haben, stellt sich zunehmend die Frage: Wie viel Europa vertragen wir? Die letzten Referenden zum Lissabon-Vertrag haben gezeigt, dass viele Bürger nicht Willens sind, Vorgaben der Regierungen einfach durchzuwinken und umzusetzen und. Der Lissabon-Vertrag steht auf der Kippe.

Deshalb fordern wir Familienunternehmer ein Europa, dass die Subsidiarität ernst nimmt, das die Vielfalt der Nationen stärkt und den Wettbewerb der politischen Systeme (Steuern, Bildung, Soziales, usw.) ernst nimmt. Europas Wohlstand gründet auf diesen Prinzipien. Alle zukünftigen Verfassungsreformen sollten darum in folgende Richtung gehen:

Europa muss zurück zum Wesentlichen!

- **Wir fordern Subsidiarität!** Europa lebt von der Vielfalt seiner Nationen. Probleme können dort am besten gelöst werden, wo sie auch anfallen: Vor Ort! Das bedeutet konkret: Freie Vereinbarungen konkurrierender Nationen, Zentralisation nur des Notwendigen, Staatshilfen und Subventionen (vor allem in die Landwirtschaft) sind hier abträglich. Freier Handel und Deregulierung des Arbeitsmarktes sind kostengünstigere Alternativen.
- Daher fordern wir Verfassungsreformen, die das Subsidiaritätsprinzip institutionell stärker verankern. So muss es zu einer **klaren Kompetenzteilung zwischen der EU und der nationalen Ebene** kommen. Etliche Kompetenzen müssen an die nationalen Mitgliedstaaten zurückgegeben werden. In letzter Konsequenz muss eine **politische Selbstbeschränkung und Kompetenzüberprüfung** der Europäischen Union stehen. Die Mitgliedsstaaten müssen in der Lage sein, Kompetenzen auch wieder zurückzuholen.
- Die Europäische Union und die Kommission als „Hüterin der Verträge“ sollten sich auf die Einhaltung des bisherigen Vertragswerkes sowie die Umsetzung und Wahrung der Grundfreiheiten konzentrieren, anstatt selbst immer neue Bürokratie zu produzieren.
- Wichtig ist, dass eine gemeinsame Außenhandelskompetenz auf Basis des Freihandels vollzogen wird. Europa muss den freien Binnenmarkt als grundlegende Errungenschaft verteidigen. Der Weg des Protektionismus, wie von einigen Ländern zur Bewältigung der Finanzkrise eingeschlagen, führt zwangsläufig in die Sackgasse.

Europa kann die Krise meistern

Die Europäische Union ist von der Finanz- und Wirtschaftskrise besonders betroffen. Wichtig ist nun, aus den begangenen Fehlern zu lernen und die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

- Auch in Zeiten der „Finanzkrise“ darf an den Stabilitätsgarantien des Euro nicht noch stärker gerüttelt werden. Das **„No Bailing Out“, die nationale Verantwortung für nationale Haushalte, darf nicht durch fragwürdige Solidaritäten und dies primär auf deutsche Kosten abgeschwächt werden.** Ihr Haus muss jede europäische Nation für sich in Ordnung bringen. Die Finanzkrise zeigt: Nationen mit geringer Verschuldung können besser auf die Krise reagieren.
- Notwendig ist daher das **Einhalten eines ernsthaften und unabhängigen Sanktionsmechanismus**, wie den Maastricht Kriterien, der die Mitgliedsländer zur Haushaltsdisziplin zwingt. Das Ziel muss die scharfe Eingrenzung der öffentlichen Verschuldung sein.
- Auf dem Finanzmarkt muss eine **unabhängige kontinentaleuropäische Rating-Agentur** zutreffender agieren und bewerten. Ein erster Schritt kann die Bezahlung der Agenturen durch die Käufer der Papiere sein. Auch Kriterien der Bewertung müssen neu aufgestellt werden. Dies könnten bspw. Informationspflichten oder die Höhe der Kapitalhinterlegung sein
- Der Binnenmarkt funktioniert grenzüberschreitend und er unterliegt den Wettbewerbsregeln der europäischen Verträge. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass nationale Kontrollinstanzen angesichts global agierender Banken überfordert sind. Nur eine gemeinsame Aufsichtsinstanz wird zukünftig in der Lage sein, das Risiko einzudämmen und unsere Finanzwirtschaft vor einem 'Dominoeffekt' zu schützen und die Realwirtschaft mit in den Strudel zu ziehen. Letztendlich bedarf es grundlegender Regelungen für eine **europäische Bankenaufsicht.**

Weniger ist mehr!

Für unternehmerische Vielfalt in einem freiheitlichen Europa

Erfreulicherweise hat die EU-Kommission entdeckt, dass ein zentraler Teil der Vielfalt Europas die Vielfalt der Familienunternehmen ist: von den kleinen bis zu den großen. Das Europa, das wir anstreben, darf nicht das „Europa der Konzerne“ werden! So sind viele Gedanken im Small Business Act (SBA) der EU-Kommission (mit erfreulicherweise nur empfehlendem Charakter) zu begrüßen.

Konkret fordern wir daher:

- Der Grundsatz des SBA lautet „Think small first“. Der SBA kann nur Erfolg haben, wenn sowohl EU-Institutionen als auch Mitgliedsländer dessen Grundsätze verwirklichen. Die Akteure werden an ihrem Handeln gemessen: In allen Mitgliedsländern der EU sind die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass der Handlungsspielraum der Familienunternehmer im Interesse der Verbraucher optimiert wird.
- Dies bedeutet die Rücknahme europäischer, wie nationaler Regulierungen, niedrigere Steuersätze, die gerechtere Gestaltung der Erbschaftsteuer, die Rücknahme vieler Gesetze, die in unerträglicher Weise das unternehmerische Leben erschweren: z.B.: die Antidiskriminierungsrichtlinie, die eine gravierende Einmischung in die Vertragsfreiheit darstellt.

- Viele Grundsätze des SBA bedürfen vor allem in Deutschland der schnellen Umsetzung: Bürokratieabbau, schnellere Gründungs- und Genehmigungsverfahren sowie die gerechtere Besteuerung bei Unternehmensübergaben wie aktuell bei der Erbschaftsteuer. „Die Familienunternehmer - ASU“ fordern von der EU und den Regierungen eine vernünftige europäische Wirtschaftspolitik, die allen Unternehmen Freiräume zur Entfaltung ihrer Wachstums- und Innovationskräfte lässt.